



4 Projeten
fir en Europa
dat bougéiert !

Claude Turmes

Europadeputierten

Projet 1 : Gréng aus der Kris

E „Green New Deal“ schaaft Arbecht a schützt de Klima!

Alle führenden Wirtschaftsexperten der Welt sagen voraus, dass eine grüne Investitionsoffensive, die Geld nachhaltig in die notwendige strukturelle Anpassung anlegt, mithilft, die Krise zu überwinden und eine neue drohende Krise - die Klimakrise - zu vermeiden. Auch die Luxemburger Handwerkerfederation und die Industriellenfederation fordern mittlerweile ein massives ökologisches Investitionsprogramm.

Die Grünen treten für ein europaweites sozial-ökologisches Investitionsprogramm ein, einen « Green New Deal » ein. In fünf Jahren können fünf Millionen «grüne Jobs » in der EU geschaffen werden. Der grüne New Deal kann durch Kredite der Europäischen Investitionsbank (EIB) finanziert werden und hilft dabei, die europäische Wirtschaft ressourcenschonender zu machen, reduziert unsere Abhängigkeit vom Erdöl und ist konkreter Klimaschutz. Zudem unterstützt er die Entwicklung eines Wachstumszweigs: Trotz Finanzkrise verzeichnen die Industrien im Bereich der erneuerbaren Energien, der Energieeffizienz und der Umwelttechnologien weiterhin eine große Nachfrage.

Er kommt auch der wirtschaftlichen Entwicklung Luxemburgs zugute : Durch die Förderung von Ökotechnologien können zwei strategisch wichtige Standbeine der Luxemburger Wirtschaft, die Stahlindustrie (durch ökologische und energiesparende Bauweise) und die Automobilzulieferindustrie (durch Elektromobilität), den Anschluss an die Zukunft schaffen. Zudem kann der « Green New Deal » dem Finanzplatz Luxemburgs dabei helfen, neue Geschäftsfelder zu erschließen : Rundum die EIB, die eine zentrale Rolle bei der Finanzierung des « Green New Deal » spielt, können sich Banken zu einem Kompetenzzentrum im Bereich « Green Finance » vernetzen.

Der Green New Deal soll auch einen deutlichen Akzent auf die Förderung Jugendlicher legen, die von der Schule oder Universität auf den Arbeitsmarkt kommen: Durch eine deutliche Aufstockung der Gelder des Europäischen Sozialfonds und der Jugendförderprogramme sollen Jugendliche gezielt in Ausbildung und Berufspraktika gebracht werden.

Núria Garcia

Politikwissenschaftlerin

Projet 2: Konsumentenschutz

***Géint d'Iwwermuecht vun den Industrielobbyen,
vir méi streng Gesondheets- an Umweltnormen!***

Den 785 Europaabgeordneten stehen in Brüssel rund 20 000 Lobbyisten entgegen: Die Übermacht der völlig intransparenten Industrielobbys in der EU-Politik nimmt zu. Dadurch wird die notwendige wirtschaftliche Anpassung der EU blockiert und Fortschritte zu einer Umwelt- und Sozialgemeinschaft werden verhindert. Letztlich wird die europäische Demokratie bedroht und die Bürger fragen sich, wer eigentlich in Brüssel entscheidet: Immer mehr wird die Politik zurückgedrängt und soll es der Wirtschaft überlassen werden, umwelt- und sozialpolitische Regeln zu setzen. So werden die gesundheitlichen Auswirkungen von Kinderspielzeug beispielsweise immer noch von der Industrie selbst kontrolliert und die Autolobby blockiert strengere Abgasnormen für Pkw.

Die Grünen setzen sich für eine strengere Kontrolle der Industrielobbys ein. Sie fordern, dass sie sich in ein obligatorisches Register eintragen müssen und zudem konkret Auskunft darüber geben, für welchen Auftraggeber sie in welchem finanziellen Volumen arbeiten. Bisher hat sich nur ein Fünftel der Lobbyisten in das Register eingetragen; zudem ist die Auskunft über ihre Einkünfte ungenügend. Zudem soll die EU-Kommission Auskunft darüber geben, welche Industrievertreter sie in welchen technischen und politischen Gremien beschäftigt.

Die Grünen haben eine Reform der Spielzeugdirektive durchgesetzt, die strengere Gesundheitsnormen bei Spielzeug vorschreibt. Zudem haben wir in der „REACH“-Direktive gegen den massiven Widerstand der Chemielobbys strenge Zulassungskriterien von Chemikalien durchgesetzt.

Wir fordern generell strenge, politisch gesetzte und durch gutausgestattete Behörden der Nationalstaaten kontrollierbare Gesundheits- und Umweltnormen. Gesundheitsschädliche Produkte müssen grundsätzlich verboten werden und besonders strenge Normen bei Produkten, die für Kinder gelten, eingeführt werden.

Manuel Huss

Politik- a Philosophiestudent

huet www.sokrates.lu lanciert

Projet 3: En Europa vun de Biergerrechter

Fir e fräien Internet - op deem d'Biergerrechter net mat Féiss getrëppelt ginn!

Der Zugang zu Internet wird immer wichtiger, um am gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben teilzunehmen. Doch die Rechte der Internetnutzer sind ungenügend geklärt und stehen kommerziellen Interessen großer Konzerne entgegen.

Die Grünen setzen sich für die Bürgerrechte der Internetnutzer ein. Das Internet kann nur ein freies, neutrales und kreatives Medium sein und bleiben, wenn Einschränkungen in der Meinungsfreiheit gerichtlich kontrolliert werden.

Das Europäische Parlament hat sich für die Wahrung der Rechte der Internetnutzer ausgesprochen. Es unterstützte mit großer Mehrheit einen von den Grünen eingebrachten Änderungsantrag, der Internetsperren **ohne vorherige richterliche Genehmigung** verbietet. Dieser grüne Änderungsantrag war schon in erster Lesung mit großer Mehrheit angenommen worden.

Mit der erneuten Annahme dieses Antrags haben die Grünen einen wichtigen Sieg für den Rechtsstaat, die Grundrechte und für die Internetfreiheit errungen. Der Änderungsantrag sollte durch einen in diesem Punkt schwachen und unklaren Kompromissvorschlag des Rates ersetzt werden, der unter dem Druck Frankreichs ausgearbeitet wurde: Frankreich hat diese Woche die „loi Hadopi“ angenommen, die keinen richterlichen Entscheid vor einer Internetsperre vorsieht und damit Internetanbietern zu große Rechte einräumt. Es liegt jetzt am Rat: Wenn er das Telekompaket so wie es abgestimmt wurde, annimmt, anstatt ein Vermittlungsverfahren einzuleiten, könnte das Telekompaket in kürzester Zeit in Kraft treten. Das erwartet die gesamte Telekomindustrie und die BürgerInnen der Union.

Das Telekompaket ist nicht der Ort, um das zweifellos wichtige Problem des Schutzes der Urheberrechte zu lösen. Die Grünen haben sich immer dafür ausgesprochen, notwendige Neuregelungen des digitalen Urheberrechts, die von der Musikindustrie verschlafen wurden, nicht im Telekommunikationsrecht vorzunehmen, sondern in einem separaten Gesetzgebungsverfahren und mit einem Schwerpunkt auf neuen Pauschalvergütungsmodellen wie einer „Kulturflatrate“. Diese Lösung packt das Problem bei der Wurzel und bringt die Interessen der Verbraucher und Künstler unter einen Hut. Die Grünen werden dieses wichtige Anliegen energisch vorantreiben.

Christian Kmiotek

Sozialpädagoge, chargé de cours LTPES an Uni Lëtzebuerg
fräischaffenden Expert fir Soziales, Bildung a Kultur

Projet 4: E soziaalt Europa

Géint de Sozialdumping - fir en Europa vu soziale Rechter a guddem Gesondheetsschutz!

Immer mehr werden nationale Arbeits- und Sozialschutzregeln durch die Regeln des Binnenmarkts bedroht. Es gibt europäische Länder wie Deutschland, Großbritannien und verschiedene aus dem ehemaligen Osten, die eine maximale wöchentliche Arbeitszeit von bis zu 65 (!) Stunden erlauben. Der europäische Gerichtshof fördert durch seine Urteile eine massive Liberalisierung, die vor keinem Bereich mehr halt macht: Unsere Kollektivvertragsgesetzgebung, unser Arbeitsrecht und auch unser nationales Gesundheitssystem sind nun der Liberalisierung ausgesetzt.

Die EU muss durch eine Harmonisierung nach oben die Lebensverhältnisse so verbessern, dass soziale Mindeststandards bei den Löhnen und Arbeitszeiten langfristig in den verschiedenen EU-Staaten angeglichen werden. Das Europa des 21. Jahrhunderts muss sozial sein oder es wird scheitern.

Die Grünen haben sich im Europaparlament massiv für ein sozialeres Europa eingesetzt: unsere Fraktion stand an der Spitze der Bewegung für eine Reform der Arbeitszeitdirektve, die keine nationalen Ausnahmeregeln bei der maximalen Wochenarbeitszeit (48 Stunden) zulässt. Zudem haben wir uns für eine Reform der Entsenderichtlinie und gegen die Liberalisierung der nationalen Gesundheitssysteme eingesetzt.

Wir fordern, dass eine Sozialklausel in die EU-Verträge eingeschrieben wird, die sozialen Grundrechten klar Vorrang vor Binnenmarktregeln gibt und treten für eine Direktive zum Schutz der sozialen und gesundheitlichen öffentlichen Dienstleistungen vor dem EU-Markt- und Wettbewerbsrecht und europaweite Mindestlohnregeln ein. Wir werden der neuen EU-Kommission nur dann unsere Zustimmung geben, wenn sie sich klar und unmissverständlich zu diesen Zielen bekennt.